

22.02.2023

Teil C – Allgemeine Angaben und Vertragsbedingungen

1 Allgemeines

Für die Vergabe findet die "Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge" (Vergabeverordnung - VgV) Anwendung. Sie wird nicht Vertragsbestandteil.

1.1 Auftraggeber

Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz
Diether-von-Isenburg-Straße 7
55116 Mainz

1.2 Vertragsbestandteile

Es gelten als Vertragsbestandteile:

- die "Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen" (VOL/B) in der bei Vertragsabschluss geltenden Fassung; andere Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bieters sind ausgeschlossen,
- die Vergabeunterlagen A bis C einschließlich Anlagen,
- die im Angebot gemachten Angaben des Bieters, sofern ihnen vom Auftraggeber nicht widersprochen wird,
- die Besonderen Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in RLP (Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz - LTTG -) vom 1. Dezember 2010 (GVBl. S. 426); zuletzt geändert durch Art. 3 G zur Änd. haushalts- und vergaberechtlicher Vorschriften vom 26.11.2019 (GVBl. S. 333)
- die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

1.3 Leistungsumfang

Der Leistungsumfang ergibt sich aus Teil A – Leistungsbeschreibung.

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, die die Preisermittlung beeinflussen können, so hat der Bieter den Auftraggeber vor Angebotsabgabe schriftlich darauf hinzuweisen, auch wenn er den Hinweis schon in anderer Form gegeben hat.

1.4 Zuverlässigkeit des Bieters

Die Zuverlässigkeit des Bieters kann vor der Vergabe des Auftrages bei der Melde- und Informationsstelle für Vergaben beim Ministerium der Finanzen abgefragt werden.

2 Angebot

Die Abgabe des Angebotes erfolgt durch Einreichung der vollständig ausgefüllten und unterschriebenen Vergabeunterlagen mit allen geforderten Angaben, Preisen und Erklärungen über den Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz (www.vergabe.rlp.de).

Jede Veröffentlichung der Vergabeunterlagen ohne schriftliche Genehmigung des Auftraggebers ist untersagt.

Für die Erstellung des Angebotes wird keine Vergütung gewährt. Dem Angebot beigefügte Unterlagen, Muster usw. gehen, sofern im Angebot nicht ausdrücklich die Rückgabe verlangt wird, ohne Anspruch auf Vergütung in das Eigentum des Auftraggebers über.

22.02.2023

Die Angebotsfrist läuft bis zum **09.03.2023 um 23:59 Uhr**. Das Angebot muss bis zu diesem Zeitpunkt an die genannte Mailadresse verschickt worden oder auf dem Postweg im Projektbüro eingegangen sein. Bis zu diesem Zeitpunkt kann das Angebot schriftlich zurückgezogen werden.

3 Zuschlags- und Bindefrist

Die Zuschlags- und Bindefrist beginnt mit dem Ablauf der Angebotsfrist und endet am **15.03.2023**. Bis zum Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist ist der Bieter an sein Angebot gebunden. Das Angebot kann in dieser Zeit nicht geändert oder zurückgezogen werden.

4 Vergabe

Für die Vergabe des Auftrags gilt das öffentliche Preisrecht.

Die Eröffnung der Angebote erfolgt am **10.03.2023 um 10:00 Uhr** nach Auslauf der Angebotsfrist. Die Eröffnung ist nicht öffentlich.

Gemäß § 16 Abs. 3 a)-g) VOL/A werden u.a. Angebote ausgeschlossen die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, die nicht unterschrieben sind, in denen Preisangaben fehlen oder unvollständig sind oder Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind, Unterlagen oder Nachweise fehlen oder unvollständig sind, die Vergabeunterlagen verändert oder unzulässige Korrekturen vorgenommen wurden.

Der Zuschlag erfolgt zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens vor Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist.

Die Vergabe erfolgt aufgrund der Zuschlagskriterien (siehe Leistungsbeschreibung) vorbehaltlich der Zurverfügungstellung der dafür vorgesehenen Haushaltsmittel.

5 Preis

Im Angebot sind Festpreise anzugeben, die bis zur vollständigen Erfüllung des Auftrages gelten müssen. Sie haben alle für die fachgerechte Erledigung des Auftrages notwendigen Ausgaben zu berücksichtigen. Nebenkosten müssen in den Angebotspreisen enthalten sein.

Für das Angebot ist das entsprechende Preisblatt (Anlage 3) zu verwenden.

Dem Angebotspreis ist die Lieferung frei Verwendungsstelle zugrunde zu legen.

6 Informationsübermittlung

Die Übermittlung von Informationen erfolgt vorzugsweise elektronisch, hilfsweise auf dem Postweg.

Der Schriftverkehr (Angebote, Rechnungen, Korrespondenz, sonstige Schriftstücke) sowie sämtliche Kommunikation mit dem Auftraggeber sind in deutscher Sprache zu führen. Die Vertrags- und Verhandlungssprache ist deutsch.

7 Lieferfrist und Auftragserledigung

Die Auftragserledigung muss innerhalb der in Teil A (Leistungsbeschreibung) genannten Fristen erfolgen. Die Fristen beginnen mit dem Erhalt aller für die Auftragserledigung notwendigen Unterlagen. Sie werden unterbrochen durch Zeiten, in denen eine Abwicklung des Auftrages aus Gründen, die der Auftraggeber zu vertreten hat, nicht möglich ist. Der Auftragnehmer hat derartige Unterbrechungen dem Auftraggeber jeweils schriftlich nachzuweisen.

Im Übrigen gelten bei Verzug die gesetzlichen Bestimmungen.

8 Vertragsstrafen

Der Auftraggeber und der Auftragnehmer können im Vertrag eine Vertragsstrafe vereinbaren. Es gelten die §§ 339 bis 345 BGB.

9 Ablieferungsort, Erfüllungsort und Gerichtsstand

Leistungs- und Ausführungsort ist die Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz, Diether-von-Isenburg-Straße 7, 55116 Mainz.

Erfüllungsort und ausschließlicher Gerichtsstand für alle Ansprüche aus diesem Vertrag ist Mainz, sofern beim Vertragspartner die Voraussetzungen des § 38 Zivilprozessordnung vorliegen.

10 Sicherheit und Urheberrecht

Da die Ergebnisdarstellung auch mittels elektronischer Medien erfolgt, ist Virenfreiheit dieser Medien zu garantieren. Der Auftragnehmer überlässt die Dateien frei von Schaden stiftender Software und frei von Funktionen, die der Integrität, Verfügbarkeit und den Vertraulichkeits- und Sicherheitsinteressen des Auftraggebers zuwiderlaufen.

Der Auftragnehmer versichert, dass durch die Nutzung des Werkes weder Urheberrechte Dritter noch das Recht Dritter am eigenen Bild verletzt werden.

11 Abnahme und Vergütung

Die Abnahme der Leistung erfolgt erst nach Lieferung aller Leistungen und Rückgabe der vom Auftraggeber bereitgestellten Unterlagen.

Die Vergütung erfolgt nach Erhalt der Rechnung und Abnahme der Teilleistungen, wie unten beschrieben.

In dieser Vergütung sind auch alle im Zusammenhang mit der Herstellung des Werkes entstehenden Aufwendungen (z.B. Nebenkosten, Auslagen, Fahrtkosten, Beauftragung und Leistung von Dritten oder Aufwendungen für Hilfskräfte) sowie alle gesetzlichen Abgaben enthalten.

12 Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

Für die Herstellung des Werkes ist die Benutzung von Geräten oder von Räumen des Auftraggebers nicht zulässig; ist dies gleichwohl ausnahmsweise erforderlich, so hat der Auftraggeber diese für die Vertragsleistung notwendige Mitwirkung nur solange zu erbringen, wie dies zur Vertragserfüllung unabdingbar ist.

Die für die Herstellung des Werkes erforderlichen frei zugänglichen und erhältlichen Materialien, Geräte und sonstigen Hilfsmittel hat der Auftragnehmer selbst und in eigener Verantwortung zu beschaffen. Der Auftragnehmer versichert, dass er über alle technischen Voraussetzungen für die ordnungsgemäße Herstellung des Werkes verfügt.

22.02.2023

Vertrauliche, umfangreiche oder für den Auftraggeber unentbehrliche Unterlagen können in dessen Räumen (während der Arbeitszeiten des Auftraggebers) durch den Auftragnehmer nach vorheriger Absprache benutzt werden.

13 Ausschließliche Verwertungsrechte des Auftraggebers und Pflichten des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber das ausschließliche Recht zur Nutzung des Werkes ein. Dieses Nutzungsrecht umfasst insbesondere

- a. das Recht zur Bearbeitung, Änderung, Umgestaltung und Auswertung des Werkes sowie zur Verwendung für eigene Arbeiten (§ 23 UrhG),
- b. das Vervielfältigungsrecht (§ 16 UrhG),
- c. das Veröffentlichungs- und Verbreitungsrecht (§§ 12, 17 UrhG),
- d. das Ausstellungsrecht (§ 18 UrhG),
- e. das Vortrags-, Aufführungs- und Vorführungsrecht (§ 19 UrhG),
- f. das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung (§ 19a UrhG), insbesondere in Form von Internetangeboten.

Der Auftragnehmer stimmt der Übertragung des Nutzungsrechts auf Dritte und der weiteren Einräumung des Nutzungsrechts für Dritte zu.

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass alle Personen, die von ihm mit der Bearbeitung oder Erfüllung dieses Vertrages betraut sind oder werden, die aus dem Bereich des Auftraggebers erlangten Informationen – soweit sie nicht offenkundig sind – nicht an Dritte weitergeben oder sonst verwerten.

Bei Verstößen gegen die o.g. Verpflichtungen haftet der Auftragnehmer für alle dem Auftraggeber entstandenen oder künftig entstehenden Schäden.

14 Auftragsvergabe an Dritte

Eine Beauftragung Dritter (Subunternehmer) ist nicht zulässig.

15 Vertragsänderungen

Nebenabreden, nachträgliche Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

16 Ausschluss anderer Rechtsverhältnisse

Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass durch diesen Vertrag weder ein Arbeitsverhältnis noch ein arbeitnehmerähnliches Verhältnis zum Auftraggeber noch zum Land Rheinland-Pfalz begründet wird. Es werden auch keine Rechtsansprüche auf Begründung eines derartigen Rechtsverhältnisses ausgelöst. Entsprechendes gilt für die Mitarbeiter des Auftragnehmers.

Dahingehend kann der Auftraggeber keine direkte Weisungsbefugnis auf die zur Leistung befohlenen Mitarbeiter des Auftragnehmers ausüben. Dieser hat seinerseits auch keine Anweisungsbefugnis gegenüber den Beschäftigten des Auftraggebers.

Bei der Erfüllung des Vertrages besteht kein Versicherungsschutz.

Der Auftraggeber führt keine Sozialversicherungsbeiträge und Steuern für den Auftragnehmer ab. Die vereinbarte Vergütung ist vom Auftragnehmer selbst als „Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit“ zu versteuern.

22.02.2023

Für die bei der Vertragsleistung auftretenden Schäden übernimmt der Auftraggeber keine Haftung.

17 Rechtsfolgen bei nicht rechtzeitiger Leistung

Sieht sich der Auftragnehmer in der ordnungsgemäßen Durchführung der übernommenen Leistungen gehindert, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Sobald die Ursache der Behinderung oder Unterbrechung wegfällt, hat der Auftragnehmer unter schriftlicher Mitteilung an den Auftraggeber die Leistung ohne besonderen Auftrag unverzüglich wiederaufzunehmen.

Die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen nach den Regelungen des BGB bleibt von den vorstehenden Bestimmungen unberührt.

18 Teilnichtigkeit, Teilunwirksamkeit, Vertragslücken

Sollten einzelne Bestimmungen ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein, so werden die übrigen Bestimmungen dadurch nicht betroffen. Das Gleiche gilt, falls sich eine Regelungslücke herausstellt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Vereinbarung oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine Vereinbarung gelten, die die Parteien getroffen hätten, wenn sie die Unwirksamkeit der Bestimmung gekannt hätten.

19 Außerordentliche Kündigung

Der Vertrag kann von beiden Seiten nur aus wichtigem Grund gekündigt werden. Sofern eine Kündigung aus wichtigem Grund erfolgt und sofern der Auftragnehmer diesen Grund nicht zu vertreten hat, verpflichtet sich der Auftraggeber, die bis zum Kündigungszeitpunkt ordnungsgemäß erbrachten Leistungen des Auftragnehmers zu vergüten.

20 Datenschutzhinweis

Die Daten des Auftrages (Firmenanschrift, Lieferart und Menge sowie Kosten) werden zur finanztechnischen Abwicklung gespeichert. Die gespeicherten Daten sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das Datengeheimnis nach § 8 des Landesdatenschutzgesetzes vom 8. Mai 2018 (GVBl. 2018, 93) zu wahren.

Es ist dem Auftragnehmer untersagt personenbezogene Daten und aus dem Bereich des Auftraggebers erlangte Informationen – soweit sie nicht offenkundig sind – an Dritte weiterzugeben, unbefugt zu verarbeiten oder sonst zu verwenden. Diese Pflichten bestehen auch nach Beendigung der Tätigkeit fort.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Daten, Informationen oder Ergebnisse, die aufgrund dieses Auftrages gewonnen werden, nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Auftraggeber Dritten durch Einsichtgewährung, Überlassen von Mehrfertigungen oder in sonstiger Weise zugänglich zu machen; diese Verpflichtung besteht auch nach der Erfüllung oder Beendigung des Auftrages weiter.

Bei Verstößen haftet der Auftragnehmer für alle daraus dem Auftraggeber entstandenen oder künftig entstehenden Schäden.